

2010-11-18

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 16.09.2010

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Weber, Ralf-Peter Dr.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Koschig und **Herr Bönecke** begrüßten die Mitglieder und Gäste des Haupt- und Personalausschusses und des Finanzausschusses und stellten die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse mit jeweils 8 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur vorliegenden Tagesordnung wurden seitens der Ausschussmitglieder beider Ausschüsse keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht.

Herr Koschig und **Herr Bönecke** schlugen die Tagesordnung zur Abstimmung vor.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 8/0/0 – einstimmig zugestimmt
Finanzausschuss: 8/0/0 – einstimmig zugestimmt

3. **Öffentliche Anfragen und Informationen**

Frau Nußbeck nahm Bezug auf die nachgereichten Beschlussvorlagen die Ortschaft Rodleben betreffend:

DR/BV/296/2010/I-OB – Stufenweise Reduzierung des Budgets der örtlichen Verwaltung Rodleben (Vorschläge 02016, 32116, 46016, 36600)

und

DR/BV/368/2010/I-OB – Prüfauftrag zur Haushaltskonsolidierung – Vorschlag Nr. 57116 – Erhöhung der Eintrittspreise Freizeitbad Rodleben.

Sie führte aus, dass beide Beschlussvorlagen das Ergebnis der beiderseitigen Abstimmung mit dem Ortsbürgermeister Rodleben, Herrn Rumpf, seien. Die Vorschläge wurden so in das Haushaltskonsolidierungskonzept aufgenommen und seien Bestandteil der Beschlussfassung zum Haushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept 2010 und Folgejahre am 27.10.2010 im Stadtrat.

Herr Weber nahm Bezug auf die erneut in der Sitzung am 09.09.2010 zur Thematik

Prüfauftrag zur Haushaltskonsolidierung, Vorschlag Nr. 56010 – Verpachtete kommunale Sportstätten – Einsparung bei den Zuschüssen in Höhe von 93.100 EUR gegenüber dem Planansatz – Beschlussvorlage DR/BV/321/2010/V-40

geführte Diskussion. Im Rahmen dieser Diskussion stellte Herr Weber fest, dass die Vereine für die Bewirtschaftung von Ihren Mitgliedern eine Umlage in Höhe von 3,00 EUR pro Nutzer für den Fall erheben müssten, um die Zuschussreduzierung aufzufangen, was seiner Meinung nach eine erträgliche Größenordnung sei. Nach Abschluss der Sitzung sei er in Kenntnis darüber gelangt, dass Herr Hirsch gegenüber anderen Anwesenden geäußert habe, dass Herr Weber in diesem Zusammenhang falsche Zahlen zitiert habe.

Herr Weber widersprach einer solchen Äußerung aufs Schärfste und betonte, dass die von ihm verwendeten Angaben zu den Mitgliedern in Vereinen und den Nutzern insgesamt auf den Aussagen des Herrn Hirsch basieren. Er forderte an den zuständigen Beigeordneten gerichtet die Aufklärung dieser Angelegenheit.

Weitere Wortmeldungen und Anfragen wurden nicht vorgebracht.

4. Öffentliche Beschlussfassungen und Informationen

4.1. Haushaltssatzung 2010/Haushaltsplan 2010/Finanzplan 2010/Stellenplan 2010

4.1.1. Investitionsprogramm und Vermögenshaushalt

Frau Ehlert erfragte, welche Maßnahmen in 2010 noch realisiert werden können.

Frau Nußbeck erklärte, dass alle bereits begonnenen Maßnahmen, einschl. der begonnenen Maßnahmen des Konjunkturpaketes II fortgesetzt werden können. Alle Maßnahmen, deren Beginn von der Genehmigung des Haushaltes 2010 abhängig sei, können schon aufgrund des Genehmigungsverfahrens nach evtl. Beschlussfassung nach dem 27.10.2010 nicht mehr im Jahr 2010 begonnen werden.

Herr Prof. Schmidt erfragte, wie hoch der Anteil dieser Maßnahmen im Vermögenshaushalt sei.

Frau Nußbeck erklärte, dass dies nicht beziffert werden könne. Hierüber können nur die einzelnen Fachämter Auskunft geben. Bezug nehmend auf die weitere Frage die Zahlung von Zuschüssen an Dritte betreffend erklärte Frau Nußbeck, dass im Falle der Verwendbarkeit noch in 2010 und der Möglichkeit des Mittelabflusses aus dem Haushalt davon ausgegangen werden könne, dass die Zahlungen erfolgen.

Vermögenshaushalt

Einzelplan 1

Abschnitt 13200 – Freiwillige Feuerwehr

Gruppierung 93530 – Geräte und Ausrüstungen

Frau Storz erfragte, ob der Ansatz i. H. v. 28.000,00 EUR für alle Freiwilligen Feuerwehren gerechnet sei. **Frau Nußbeck** bejahte dies. Allerdings müsse man noch hinzurechnen, dass die Freiwilligen Feuerwehren bei der Fahrzeugvergabe berücksichtigt werden, d. h. dass im Falle der Neuschaffung eines Fahrzeuges für die Berufsfeuerwehr ein außer Dienst gestelltes Fahrzeug an die Freiwilligen Feuerwehren weitergegeben werde.

Im Weiteren erfragte **Frau Storz** die Untersetzung der Mittel für Geräte und Ausrüstungen. **Frau Nußbeck** sagte eine Information zum Protokoll zu.

Nachtrag zum Protokoll:

Die Untersetzung der Haushaltsstelle 2.13200.93530 – Geräte und Ausrüstungen Freiwillige Feuerwehren sieht folgendes vor:

- mit der Planung für 2010 eingereicht	53.300,00 EUR
- für 2010 bereitgestellt	28.000,00 EUR
davon:	
Fortsetzungsmaßnahme Umstellung Atemschutz für 14 Feuerwehren (bereits erledigt)	25.000,00 EUR
Rettungssäge FF Roßlau	3.000,00 EUR

Im Weiteren können mit einer späten Genehmigung des Haushaltes 2010 vom Fachamt die vorgesehenen Beschaffungen aus den Haushaltsstellen

2.13200.935530	Geräte und Ausrüstungen Freiwillige Feuerwehren für eine Rettungssäge	3.765,79 EUR
2.16000.93500	Geräte und Ausrüstungen Rettungsdienst für Stühle Leitstelle	6.667,58 EUR

noch ausgelöst und somit Haushaltsreste gebildet werden.

Nicht berücksichtigt werden konnte die Ersatzbeschaffung eines Hydraulischen Rettungssatzes mit Zubehörteilen für die FF Roßlau (25.000,00 EUR) und die Beschaffung

eines Hohlstrahlrohres für die FF Meinsdorf (300,00 EUR). Die Beschaffung des hydraulischen Rettungssatzes ist auf spätere Jahre geschoben.

Herr Maloszyk erfragte, in welchem Rahmen Gerätschaften anderen Freiwilligen Feuerwehren angeboten werden.

Frau Nußbeck erklärte, dass grundsätzlich keine Gerätschaften verschrottet werden, die noch weitergegeben werden können. Im Falle der Spreize aus Süd konnte keine Weitergabe erfolgen, da diese nicht mehr reparabel war.

Weitere Anfragen und Wortmeldungen zum Vermögenshaushalt wurden nicht vorgebracht.

Investitionsprogramm 2009 bis 2013

Herr Pätzold erfragte, ob Investitionen, die in 2010 nicht mehr getätigt werden können, in das Jahr 2011 geschoben werden.

Frau Wirth erklärte, dass dies grundsätzlich über die Neuveranschlagung der Maßnahmen im Folgejahr bzw. über die Bildung von Haushaltsausgaberesten bei vorliegender Auftragsbindung möglich sei.

Frau Storz nahm Bezug auf die Ausgaben für Hard- und Software und ermittelte den Gesamtbedarf bis 2014 auf über 6 Mio. EUR. Hier werde über einen langen Zeitraum sehr viel Geld verplant. Man könne kein Konzept bzw. keine generelle Linie erkennen.

Frau Nußbeck erklärte, dass die Verwaltung eine sehr große Bandbreite an Aufgaben habe. Damit verbunden seien unterschiedlichste Softwares, d. h. Softwareerneuerung bzw. updates seien ein ständiges Thema. Hinzu komme, dass die Verwaltung ca. 700 PC-Arbeitsplätze habe und eine jährliche Erneuerungsrate von 100 PC pro Jahr habe, d. h. 7 Jahre. Im Übrigen habe die Verwaltung im vergangenen Jahr ein DV-Konzept ausführlich im Finanzausschuss vorgestellt. Dieses werde in einem der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses in aktualisierter Form vorgestellt.

Abschnitt 21211

Sekundarschule „Friedensschule“, Elballee 87 – 89 Teilsanierung Decke in der Sporthalle

Herr Prof. Schmidt erfragte, ob für die Deckensanierung Investitionsmittel oder Werterhaltungskosten eingesetzt werden müssen und wann die Turnhalle wieder nutzbar sein werde.

Herr Wolfram erklärte, dass die betreffende Turnhalle aufgrund erheblicher Schäden an der Deckenkonstruktion gesperrt werden musste. Das Zentrale Grundstücks- und Gebäudemanagement ist sofort informiert worden, die Schäden wurden umgehend begutachtet. Die Bezahlung dieser Schäden erfolgt aus dem Deckungskreis Baulicher Unterhalt. Ziel ist es, die Turnhalle bis Ende Oktober 2010 wieder nutzbar zu machen.

Abschnitt 23020

„Walter-Gropius-Gymnasium“ Peterholzstraße 58 Gruppierung 94002 – Teilsanierung der Heizzentrale

Herr Prof. Schmidt erfragte, was darunter zu verstehen sei. **Herr Wolfram** erklärte, dass es sich hierbei um eine Maßnahme ausschließlich zur Energieoptimierung handle, die im Auftrag des Energiebeauftragten der Stadt vorgenommen werde.

Abschnitt 57100

Naturbad Waldbad, Am Schenkenbusch 1a

Gruppierung 94009 – Generalsanierung Kalmarhäuser

Frau Storz erbat die Prüfung einer Veräußerung unter Einbeziehung in das Gesamtkonzept des Waldbades.

Herr Koschig führte aus, dass es diesbezüglich bereits gewisse Entwicklungen gebe.

Abschnitt 36500 – Denkmalpflege

Gruppierung 98800 – Beihilfe für Private Denkmalpflegeobjekte

Herr Prof. Schmidt beantragte die Einstellung von 10.000,00 EUR in den Haushalt 2010. Auf die Nachfrage zum Deckungsvorschlag erklärte Herr Prof. Schmidt, die Mittel aus der Maßnahme „Nordumfahrung“ zu nehmen. **Frau Nußbeck** erklärte, dass dies aufgrund fehlender Eigenmittel nicht möglich sei.

Abschnitt 00110

Gruppierung 94000 – Projekte Ortschaftsräte

Herr Trocha erbat die maßnahmekonkrete Untersetzung der Ausgaben i. H. v. 2,23 Mio. EUR. **Frau Nußbeck** sagte eine entsprechende Darstellung durch das Fachamt zu.

Abschnitt 46030 – Jugendclub Ortsteile

Gruppierung 94001 – Sanierung Außengelände Jugendclub „Thomas Müntzer“

Frau Storz erfragte die Notwendigkeit und den Inhalt dieser kostenintensiven Maßnahme. Sie regte an zu prüfen, inwieweit die Jugendlichen selbst in diese Maßnahme mit einbezogen werden können, um Kosten zu sparen. **Herr Dr. Raschpichler** nahm diesen Vorschlag auf und sagte eine Prüfung und Beantwortung durch das Fachamt zu.

Abschnitt 66000 – Bundesstraßen

Gruppierung 94600 – Brückenbauwerk 11 Muldbrücke im Zuge der B 185

Herr Prof. Schmidt stellte fest, dass die Maßnahme Sanierung Muldbrücke auf spätere Jahre verschoben wurde und erfragte, wie sich dies auf die bis dahin notwendigen Unterhaltungs- und Gutachterkosten für die Brücke auswirke.

Herr Pfefferkorn, Amtsleiter Tiefbauamt, erläuterte, dass zu den Unterhaltungs- und Gutachterkosten mehrere Brücken hinzugekommen seien. Eine entsprechende Untersetzung sei möglich. Auf die weitere Frage hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung erläuterte Herr Pfefferkorn dass beabsichtigt sei, erst die Ostrandstraße und 2. Muldbrücke zu bauen und danach die vorhandene Muldbrücke zu sanieren.

Frau Wirth ergänzte, dass die Maßnahme Ostrandstraße einen Umfang von 14,3 Mio. EUR habe. 12,1 Mio. EUR erhalte die Stadt aus Fördermitteln. Somit verbleiben 2,1 Mio. EUR Eigenmittel. Das entspricht einer Förderung von 85 %.

Herr Hantusch erklärte auf die Anfrage von Herrn Prof. Schmidt, ob diese Förderquote gesichert sei, dass es Gespräche mit dem Ministerium gab, die auf die Höhe dieser Mittel hoffen lassen.

Gruppierung 96095 – Ortsumgehung Mosigkau

Frau Storz erfragte, aus welchen Gründen die Maßnahme Ortsumfahrung Mosigkau auf 2014 und spätere Jahre geschoben wurde und erbat weiterhin konkrete Aussagen zu den benötigten Mitteln i. H. v. 10,3 Mio. EUR.

Herr Pfefferkorn erläuterte, dass diese Maßnahme über den Landesbetrieb Bau unter Beteiligung der Stadt laufe. Was die erbetenen Aussagen zu den Gründen der Verschiebung und den Kosten betreffe, so gebe es momentan keine konkreten Informationen.

Herr Hantusch ergänzte, dass es bezüglich beplanter Baumaßnahmen eine Prioritätenliste gebe, die durch die zuständigen Ausschüsse beraten und beschlossen werde. Hintergrund der Verschiebung sei eine Entscheidung durch eben diesen Fachausschuss.

Frau Storz erteilte den Prüfauftrag, den Verbleib dieser Maßnahme im Investitionsprogramm 2009 bis 2013 zu prüfen. **Es könne nicht angehen, dass die Stadt in dieser Haushaltslage keine anderen Projekte favorisiere. Es dürfe nicht darum gehen, Menschen um Dessau herumzuleiten, sondern sie in der Stadt zu halten. Dieser Priorität könne sie nicht folgen.**

Herr Schönemann machte deutlich, dass dies der Grundansatz sei. Diese Maßnahme sei für die Ortschaft von hoher Wichtigkeit. Momentan sei sie aber nur Papier. Diesbezüglich müsse alles ausschusspolitisch betrachtet werden.

An dieser Stelle nahm **Herr Schönemann** Bezug auf die Maßnahme Ostrandstraße und erfragte neue Erkenntnisse zum Flächenerwerb zur Absicherung der Investition.

Herr Hantusch erläuterte, dass die Stadt momentan so weit sei, dass der Satzungsbeschluss in die Ausschüsse gegeben werden könne. Damit werde begonnen, alle Grundstücke zu analysieren. Gespräche mit den Eigentümern werden folgen. Es gebe ein Grundstück entlang der Trasse, für welches sich ein Unternehmen interessiere. Über die weiteren Entwicklungen werde der Stadtrat auf dem Laufenden gehalten. Weitere Aussagen zu den Interessenten und der Inanspruchnahme des Vorkaufrechtes der Stadt seien nur im nichtöffentlichen Teil der Sitzung möglich.

Herr Prof. Schmidt nannte nochmals die Maßnahmen Ortsumfahrung Mosigkau sowie auch die Ostrandstraße und bezog sich auf die Höhe der Förderung dieser Maßnahmen, die zwischen 80 und 85 % liegen. Er erbat Aussagen dazu, woher diese Fördermittel kommen.

Herr Pfefferkorn erläuterte, dass diese Maßnahmen mit Mitteln aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und dem Finanzausgleichsgesetz gefördert werden.

Frau Storz nahm Bezug auf den Verwaltungshaushalt, Einzelplan 8, HHSt. 1.88020.14000 und erfragte, welches Amt der Stadt Wohnungen und Einfamilienhäuser verwalte. **Frau Nußbeck** erklärte, dass das Amt für Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement diesbezüglich tätig sei. Gemäß dem Wunsch von Frau Storz sagte **Herr Hantusch** eine Darstellung der benannten 147 durch die Stadt verwalteten Wohnungen zu.

Weitere Anfragen und Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

4.1.2. Abstimmung zum weiteren Vorgehen

Frau Nußbeck fasste zusammen, dass die Prüfaufträge der Verwaltung im Wesentlichen vorgestellt wurden. Aus der dazu geführten Diskussion werde ein Fazit erarbeitet. Weiterhin informierte Frau Nußbeck darüber, dass es am heutigen Tag einen Termin mit Herrn Finanzminister Bullerjahn zur Finanzierung des Anhaltischen Theaters gegeben habe. Über das Ergebnis werde im Rahmen des Stadtrates am 27.10.2010 berichtet.

Herr Prof. Schmidt erfragte das weitere Vorgehen nach Auslaufen des Haustarifvertrages zum 31.10.2010.

Frau Nußbeck führte aus, dass der Tarifvertrag zur Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit zum 31.10.2010 auslaufe. Eine Verlängerung des Tarifvertrages sei nur noch für maximal ein Jahr möglich gewesen, so wie dies die Gewerkschaften signalisierten. Dennoch habe die Stadt diesbezüglich Kontakt mit Ver.di aufgenommen, d. h. man sei in Gesprächen über Möglichkeiten. Über die weiteren Entwicklungen werde die Verwaltung informieren.

Weitere Anfragen und Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

7. Schließung der Sitzung

Herr Koschig und **Herr Bönecke** schlossen die gemeinsame Sitzung um 18.20 Uhr.

Dessau-Roßlau, 18.11.10

Matthias Bönecke
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

Schriftführer